

JUDITH DELLHEIM / GABI ZIMMER

KEINE FEIER AM 25. MÄRZ

**NACH 60 JAHREN EU SIND IHRE GESCHICHTE UND DAS MANIFEST
VON VENTOTENE NEU ZU DISKUTIEREN**

Am 25. März 1957 haben die Vertreter der Regierungen Belgiens, der Niederlande, Luxemburgs, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs und Italiens im römischen Konservatorenpalast die Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft unterzeichnet. Damit beginnt die offizielle Geschichtsschreibung der Europäischen Union, die sich heute in mehreren tiefen Krisen befindet. Im scharfen Kontrast zur Jubiläumsfeier der Regierenden diskutieren die Linken über Geschichte, gesellschaftspolitische Alternativen, über Strategien und Aktionen. Sie suchen nach den Ursachen für die politische Situation, in der sie sich befinden, und nach Wegen aus ihr heraus. Für diese gemeinsame Suche unterbreiten wir drei Vorschläge: das Manifest von Ventotene zu diskutieren; sich mit der Geschichte der EU zu befassen; die eigene Geschichte ausgehend von der Frage nach den genutzten und ungenutzten politischen Handlungsmöglichkeiten selbstkritisch zu betrachten.

WIR STÜTZEN UNS AUF DAS MANIFEST VON VENTOTENE, NICHT AUF DIE RÖMISCHEN VERTRÄGE

«Europa hätte keinen bedeutsameren Rahmen für diese Konferenz finden können als diese seine ehrwürdigste Stadt»,¹ sagte der deutsche Bundeskanzler Adenauer bei der Vertragsunterzeichnung 1957 in Rom. Er verlor kein Wort über die terroristische Achse Berlin–Rom–Tokio, über Kriege und Kolonialpolitik. «Die europäische Gemeinschaft verfolgt nur friedliche Zwecke»,² erklärte er und stützte sich dabei auf den Vertragstext, in dem es heißt: «*Entschlossen*, durch diesen Zusammenschluss ihrer Wirtschaftskräfte Frieden und Freiheit zu wahren und zu festigen, und mit der Aufforderung an die anderen Völker Europas, die sich zu dem gleichen hohen Ziel bekennen, sich diesen Bestrebungen anzuschließen ...».³

Die Gründer der EWG hatten bereits 1952 die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) geschaffen, waren Begünstigte des Marshallplans, Mitglieder der Nato und mehrheitlich Kolonialmächte. Hier noch einmal festzustellen, dass weder die EGKS noch die EWG Friedensprojekte waren, will ihre friedensstiftende Leistung unter den Gründern und späteren Mitgliedern keineswegs infrage stellen. Sie verdient sehr wohl hohe Würdigung. Das gilt ebenfalls für den Beitrag der Europäischen Gemeinschaften und der späteren Union, die Bürgerinnen und Bürger ihrer Mitgliedsländer einander näherzubringen, ihr Leben kulturell zu bereichern.

Der EWG-Vertrag zielte auf den Gemeinsamen Markt: «Aufgabe der Gemeinschaft ist es, durch die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes und die schrittweise Annäherung

der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten eine harmonische Entwicklung des Wirtschaftslebens innerhalb der Gemeinschaft, eine beständige und ausgewogene Wirtschaftsausweitung, eine größere Stabilität, eine beschleunigte Hebung der Lebenshaltung und engere Beziehungen zwischen den Staaten zu fördern, die in dieser Gemeinschaft zusammengeschlossen sind.»⁴ Wenngleich dies nicht zwangsläufig eine marktfixierte wirtschaftspolitische und wirtschaftliche Entwicklung begründete, so war bereits 1957 die Orientierung auf die Bekämpfung von Gewalt, Hunger und sozialen Spaltungen, auf Demokratie, Gerechtigkeit und Ökologie, auf Offenheit gegenüber Europa und der Welt zu vermissen. Völlig anders das Manifest von Ventotene!

Die auf der Insel Ventotene im Tyrrhenischen Meer unter katastrophalen Bedingungen eingekerkerten italienischen Antifaschisten Altiero Spinelli, Ernesto Rossi und Eugenio Colorni hatten sich mit den Konzepten des europäischen Föderalismus auseinandergesetzt und 1941 eine programmatische Botschaft verfasst. Die Ehefrau Colornis konnte das Manifest aus dem Gefängnis schmuggeln. Es wurde in Rom vervielfältigt und verteilt.⁵

Der Text erinnert an Rosa Luxemburg: Die Sprache offenbart Leidenschaft, sozialistische Ideale, radikale Gesellschaftsanalyse, emanzipativ-solidarischen Internationalismus, programmatische Klarheit, die rückhaltlose Bereitschaft zum politischen Kampf um die Macht, demokratische Gesinnung, die Fähigkeit zur Utopie in scheinbar aussichtsloser Lage. Er erinnert vor allem an Luxemburgs Schrift «Zur russischen Revolution».⁶ Im Frühherbst 1918 hatte die

damals inhaftierte demokratische Sozialistin die Bolschewiki kritisiert und zugleich solidarisch verteidigt.⁷ Ihre Kritik richtete sich gegen die Geringschätzung und sogar Verletzung von Demokratie. Dabei hat Luxemburg sehr wohl gesehen, wie schwierig es ist, demokratisch zu sein, wenn man erbittert und vor allem militärisch bekämpft wird. Aber sie hat auch gesehen, wie schmal der Grat zwischen der Selbstverteidigung und der Unterdrückung demokratisch Andersdenkender, der eigenen Genossinnen und Genossen ist. Ihre Warnungen verhallten. Späterer Stalinismus hat im «Namen des Sozialismus» massenhaft Demokratinnen und Demokraten verfolgt und ermordet.

Das Manifest von Ventotene ist gegen die Faschisten und Verursacher des Zweiten Weltkriegs und zugleich gegen den Stalinismus gerichtet. Es reflektiert historische Entwicklungen und Lernprozesse seit der Ermordung Rosa Luxemburgs. Sie hatte gehofft und dafür gekämpft, dass sowohl die unter Fremdherrschaft als auch die unter nationaler Ausbeutung und Unterdrückung Leidenden sich gegen jegliche Knechtschaft erheben und nach ihrem Sieg auf die Wiederherstellung oder Errichtung neuer Nationalstaaten verzichten würden. Spinelli, Rossi, Colorni sowie ihre Mitstreiterinnen und Mitstreiter hatten nun ihrerseits gehofft und darum gekämpft, dass eine europäische antifaschistisch-demokratische Föderation das Nachkriegseuropa bestimmen würde. Ihr Manifest bezeichnet die «Ideologie der nationalen Unabhängigkeit» und die «uneingeschränkte Souveränität der Nationalstaaten»,⁸ die kapitalistisch geprägt, aber geografisch, sozial, ökonomisch, kulturell und politisch ungleich verfasst sind, als Ursachen für Totalitarismus und Krieg. Die «Wiederherstellung der Nationalstaaten» nach der Überwindung der deutschen wie italienischen Faschisten galt den Autoren als Sieg der Reaktion. Sie prophezeiten: «Wenn auch diese Staaten dem Anschein nach demokratisch und sozialistisch sein würden, die Rückkehr der Macht in die Hände der Reaktion wäre nur eine Frage der Zeit. Die gegenseitige nationale Missgunst würde aufs Neue gedeihen, und jeder Staat würde einzig auf Waffengewalt zurückgreifen, um seine Bedürfnisse zu befriedigen.»

Hundert Jahre nach Luxemburgs Schrift und mehr als 75 Jahre nach dem Manifest von Ventotene stehen der angestrebte «eine Bundesstaat» beziehungsweise die «Vereinigten Staaten Europas» immer noch aus. «Die europäische Revolution», die «sozialistisch sein [muss], um unseren Bedürfnissen gerecht zu werden», ist Utopie geblieben. Aber die Orientierung des Manifests auf eine demokratische Politik der tatsächlichen Vergesellschaftung – wo mit der gesellschaftlichen Arbeitsteilung die gesellschaftliche Demokratisierung und Aneignung der Produktion durch die Produzierenden voranschreiten – bleibt aktuell. Auch die Orientierung auf lebendige, demokratische sozialistische Politik in Europa bleibt aktuell.

SICH DAS MANIFEST VON VENTOTENE KRITISCH ANEIGNEN

Wenn sich die Linken in der EU und Europa heute das Manifest von Ventotene kritisch aneignen und handlungsfähig werden wollen, müssen sie gemeinsam Geschichte reflektieren. Sie müssen insbesondere herausfinden, wann und warum sie Möglichkeiten, gesellschaftliche Entwicklungen in der EU und Europa zu beeinflussen, ungenutzt verstreichen ließen. Dabei kann die Orientierung an kritischen Zäsuren helfen. Sie markieren Zeitpunkte oder Phasen in der

Geschichte der EU, da beim Zusammentreffen von verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Faktoren Ergebnisse zustande kommen, denen alle relevanten politischen Akteure Rechnung tragen müssen.

In der bisherigen EU-Geschichte lassen sich zunächst zwei große Zeitabschnitte ausmachen: die Zeit des Kalten Kriegs (I) und die Zeit seit dem Zusammenbruch des sogenannten Staatssozialismus (II). Und es lassen sich zwei große kritische Zäsuren ausmachen, als die Linken in Europa die große Chance hatten, ausgehend von ihren Idealen und den Interessen von großen Bevölkerungsgruppen europäische und sogar Weltgeschichte maßgeblich zu beeinflussen: die politischen Umbrüche in den ost- und zentraleuropäischen Ländern Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre und der Ausbruch der globalen Finanzkrise 2008. Beide Male hatten die Ideologie und Politik der Herrschenden in den Augen der Bürgerinnen und Bürger gravierend an Legitimität eingebüßt: das erste Mal in Hinsicht auf das Wettrüsten, die Repression gegen demokratische Opposition und anhaltende Ungerechtigkeit, das zweite Mal hinsichtlich der verheerenden Auswirkungen des neoliberalen Umbaus. Dass diese großen Chancen nicht genutzt wurden, hat vor allem damit zu tun, dass auch andere Handlungsmöglichkeiten zuvor ungenutzt geblieben sind und daraus nicht hinreichend gelernt worden ist.

Die Linken waren in den entscheidenden politischen Situationen nicht vorbereitet, weil sie nicht kontinuierlich kollektiv an einem Entwurf für alternative gesellschaftliche Lebensweisen gearbeitet, einen selbstreflexiven Politikstil und eine attraktive politische Kultur entwickelt hatten. Für einen neuerlichen Beginn der überfälligen Diskussion dazu geben wir hier eine knappe Übersicht. Sie geht von den beiden großen Zeitabschnitten aus und nennt Ereignisse, die die Linken herausgefordert haben, sowohl in ihren Ländern als auch koordiniert und europäisch zu handeln.

I WESTEUROPÄISCHE KOOPERATION UNTER US-KONTROLLE IM KALTEN KRIEG

Mit der Umsetzung des Gründungsvertrags zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl entstanden 1952 neue institutionelle Strukturen. Dazu gehörten der Rat der nationalen Minister und die Gemeinsame Versammlung aus 78 von den nationalen Parlamenten gewählten Abgeordneten. Letztere hatte ausschließlich beratende Funktionen sowie gewisse Kontroll- und Informationsrechte. Nicht zuletzt aufgrund der Existenz dieser Versammlung (und der ebenfalls vereinbarten Vertretung von Beschäftigten) waren die linken Kräfte herausgefordert, nach Handlungsmöglichkeiten in der EGKS zu suchen. Auch die 1953 unterzeichnete Europäische Menschenrechtskonvention bot ihnen politische Ansatzpunkte.

Mitten im sich zuspitzenden Kalten Krieg und angesichts erstarkender politischer Unabhängigkeitsbewegungen in den europäischen Kolonien gründeten 1957 die EGKS-Staaten die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Europäische Gemeinschaft zur friedlichen Nutzung der Atomenergie (Euratom). Der EWG-Vertrag zielte auf den Abbau interner Handelshemmnisse und die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes im Verlauf von 12 bis 15 Jahren, auf die freie Bewegung von Gütern und Dienstleistungen, Personen und Kapital. Die Gemeinsame Versammlung und der Gerichtshof der EGKS wurden ebenfalls zuständig für die EWG und Euratom. Die Zahl der Versammlungsmitglieder stieg auf 142. Für die Linken wuchs die Herausforderung, ihre

Möglichkeiten aufzuspüren und zu nutzen, sich mit der EWG politisch wirksam auseinanderzusetzen.

Während die Konflikte im Kalten Krieg anhielten, die Kolonialreiche zusammenbrachen und europäische Mächte versuchten, neokoloniale Politiken durchzusetzen, verstärkten sich die demokratischen Proteste gegen die herrschende Politik und die Forderungen nach gesellschaftlicher Demokratisierung. 1969/70 verständigten sich die EG-Staaten – 1967 war der Zusammenschluss von EGKS, EWG und Euratom zur Europäischen Gemeinschaft (EG) erfolgt – auf die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ), ohne den Fokus auf zivile Konfliktbearbeitung und -prävention zu legen. 1972 erschien der erste Bericht des Club of Rome zur Überlastung der globalen Ökosysteme und beförderte eine Auseinandersetzung mit der bestehenden gesellschaftlichen Lebensweise und möglichen Alternativen. Die Linken hätten sich dabei auf die Europäische Sozialcharta des Europarats beziehen können. Auch ihre Handlungsbedingungen veränderten sich gravierend, als 1973 infolge der kriegsbedingten US-Haushalts- und Finanzkrise das Bretton-Woods-System zusammenbrach und sich in den USA die Neoliberalen durchsetzten. Die Mächtigsten in der wachsenden EG (Erweiterungen 1973 und 1981 durch Dänemark, die Republik Irland und das Vereinigte Königreich, dann Griechenland) wollten dem neuen neoliberalen Modell Made in USA folgen. Die erste direkte Wahl zum Europäischen Parlament (EP) fand 1979 statt. Im selben Jahr trat das Europäische Währungssystem in Kraft.

Der Druck auf die Linken nahm damit zu, eine gemeinsame Kritik an der Europäischen Gemeinschaft zu formulieren und gesellschaftspolitische Alternativen im europäischen Maßstab zu erarbeiten, die individuelle Freiheit, Gerechtigkeit, Ökologie und Solidarität miteinander verbinden.

1986 kamen neue EU-Mitglieder hinzu (Spanien und Portugal). Mit der im selben Jahr unterzeichneten Einheitlichen Europäischen Akte sollte die EG über die Entwicklung ihres Binnenmarkts bis 1992 zum erfolgreichen globalen Akteur werden, der sich am US-Wirtschaftsmodell orientierte. Die Linken hätten sich in ihrem Engagement für eine andere Lebensweise nun auf Gorbatschows Konzept vom gemeinsamen europäischen Haus und auf den Bericht der Brundtland-Kommission «Unsere gemeinsame Zukunft» beziehen können. Aber das «sozialistische Lager» erwies sich als unfähig zu demokratischer Erneuerung und implodierte.

II DIE ZEIT SEIT DEM ENDE DES «STAATSSOZIALISMUS» IN EUROPA

Die den mittel- und osteuropäischen Staaten erteilten Auflagen für den Erhalt von Krediten waren zuvor durch Weltbank und IWF an den hoch verschuldeten Entwicklungsländern erprobt worden und bewirkten soziale und ökonomische Zerstörung.

Im August 1990 hatte der Irak Kuwait besetzt. Das nahmen die USA zum Anlass, im Januar 1991 am Persischen Golf zu intervenieren. An dem Bündnis im 1. Irakkrieg waren fünf EG-Mitglieder unmittelbar beteiligt. Die Nato ermöglichte 1992 Militäreinsätze außerhalb ihrer Mitgliedsländer und des Bündnisgebiets. Mit dem 1993 in Kraft getretenen Maastrichter Vertrag über die Europäische Union (EUV), der die politische Integration ermöglicht, wurden die Vollendung des Binnenmarkts sowie die Einführung einer einheitlichen Währung bis zum 1. Januar 1999 beschlossen. Die Rechte des Europäischen Parlaments und seine Beteiligung an Entscheidungsprozessen wurden erweitert. Die Rolle der

europäischen Parteien wurde anerkannt und die regionale Dimension der Zusammenarbeit in der EU gestärkt. Die geänderten Festlegungen zu Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit im Europäischen Rat forderten die Linken zu neuen strategischen Überlegungen heraus, ebenso die im Maastricht-Vertrag formulierten Ziele globale Konkurrenzfähigkeit, «sicherheitspolitische» Handlungsfähigkeit und «Schutz» vor Geflüchteten, vor Migration. Die EU engagierte sich nicht konsequent dafür, dass die unvermeidbar gewordene Staatsauflösung Jugoslawiens friedlich erfolgte. Vom 24. März bis zum 10. Juni 1999 führte die Nato mit neun EU-Mitgliedern Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Die politischen Handlungsbedingungen der Linken wurden also insgesamt komplizierter, obwohl einige neue Handlungsmöglichkeiten im offiziellen politischen System entstanden.

1999 wurde der Euro in den internationalen Zahlungsverkehr eingeführt. Im selben Jahr trat der Amsterdamer Vertrag in Kraft, der die Regeln zur Preisstabilität weiter verschärfte und alle Komponenten der «Sicherheitspolitik» verstärkte. Im Frühjahr 2000 beschloss der Europäische Rat ein auf zehn Jahre angelegtes Strategieprogramm, um die EU «zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt»⁹ zu machen. Der 2001 unterzeichnete Vertrag von Nizza schaffte die Voraussetzungen für die EU-Erweiterung und führte die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik in das EU-Recht ein.

Am 2001 begonnenen Krieg gegen Afghanistan waren 15 EU-Mitglieder und elf EU-Kandidaten beteiligt. Im März 2003 führten die USA und Großbritannien, gefolgt von fünf EU-Mitgliedern und zehn EU-Kandidaten, erneut Krieg gegen den Irak.

Mit der enormen EU-Erweiterung im Mai 2004 (Beitritt von Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern) und ihrer Fortsetzung 2007 (Bulgarien und Rumänien) gab es EU-Mitglieder zweiter Klasse (eingeschränkte Freizügigkeit, geringere Fördermittel für den Agrarbereich, geringere Repräsentanz bei der Institutionenbesetzung). Die Ungleichgewichte und Widersprüche in der EU wuchsen dramatisch, ebenfalls die sozialen und politischen Probleme in der EU-Nachbarschaft. Linke Alternativen wurden immer dringlicher.

Die Grundrechtecharta wurde mit dem 2007 unterzeichneten Lissabonner Vertrag mit der Ausnahme von Großbritannien und Polen verbindlich. Die Mitentscheidungsrechte des Europaparlaments wurden erneut erweitert, und die Europäische Bürgerinitiative wurde eingeführt. Aber der Vertrag schrieb die neoliberale Orientierung der EU-Entwicklung fest. Eine Abkehr von ihr und eine tatsächliche Demokratisierung sollten unmöglich werden. Die EU-Institutionen wollten auf die Finanz- und Wirtschaftskrise so antworten, dass die EU als neoliberaler globaler Akteur gestärkt wird. Die Bankenkrise mündete in eine staatliche Zahlungsfähigkeits- und dann «Eurokrise». Außerhalb der EU-Verträge wurden in enger Kooperation mit dem IWF Finanzinstitutionen geschaffen, um insbesondere das Eigentum und Vermögen der Mächtigen in den «Kernländern» der EU zu sichern. Die Gläubiger vergaben unter strikten Auflagen Finanzmittel an in Zahlungsschwierigkeiten geratene Euro-Länder, wenn dies für die Stabilität der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) geboten war. Mit dem Fiskalpakt und den Festlegungen zur Haushaltsüberwachung der «Euro-Mitglieder» hörte das Budget endgültig auf, deren Angelegenheit zu sein. Die im Juli 2015 in der informellen Euro-Gruppe erpresste «Ver-

einbarung» zu Griechenland sollte die Unmöglichkeit eines echten Politikwechsels demonstrieren. Sie schloss Bürgerinnen und Bürger eines EU-Mitgliedstaats weiter von gelenden Grundrechten aus und ordnete ein EU-Mitglied anderen EU-Mitgliedern unter.

In der südlichen EU-Nachbarschaft zwang eskalierende Gewalt Millionen Menschen zur Flucht. Den EU-Ländern, in denen die Geflüchteten ankamen, wurde die Solidarität versagt. EU-Flüchtlingsdeals wurden ausgehandelt und Mauern errichtet, um Geflüchtete fernzuhalten. Es mehrten sich die Provokationen der Nato gegen Russland, das imperial agierte und reagierte. Mit der Abtrennung der Krim von der Ukraine entstand in Osteuropa eine neue Kriegsgefahr.

Insgesamt ist die Linke in Europa immer stärker in die politische Defensive geraten, und das, obwohl die Probleme anhaltender Krisen und die Gefahren neuer Krisen und Kriege zugenommen haben. So gibt es aktuell erst recht das Erfordernis, dass die Linken in Europa endlich zu einer gemeinsamen politischen Strategie finden.

«PLANDISKUSSION»

Konfrontiert mit der schändlichen Erpressung Griechenlands und Syrizas Niederlage, konfrontiert mit einer neoliberalen EU und einem erstarkenden nationalistischen Populismus, konfrontiert schließlich mit der eigenen politischen Schwäche und der Gefahr einer neuen «Welle» in der globalen Finanzkrise diskutieren viele Linke über ein Ausscheiden aus der Wirtschafts- und Währungsunion. Das ist zwar sehr verständlich, provoziert aber zumindest folgende Fragen und Überlegungen: Welchen Anteil hat die Linke an Syrizas Niederlage, warum versagten die Linken in der EU den Linken in Griechenland die nötige politische Unterstützung? Wie will man den «Sorgen und Ängsten der Bürgerinnen und Bürger Rechnung tragen», aber zugleich mit den Geflüchteten und Ärmsten solidarisch sein? Wenn das Krisenmanagement der EU die Ursachen der Finanzkrise nicht radikal angegangen hat, liegt das wesentlich an der politischen Schwäche der Linken. Wenn ein Land sich vor den globalen Finanzmärkten schützen und aus der WWU ausscheiden will, darf es nicht klein und hoch verschuldet sein. Es muss intakte Banken haben. Die Regierenden müssen verhindern können, dass die Reichen ihre Einkommen und Vermögen außerhalb ihres Landes deponieren. Sie müssen zumindest fähig sein, die Versorgung der Bevölkerung mit Pharmazeutika und Blutkonserven, mit Nahrungsmitteln und Energie zu sichern. Und selbst wenn das im eigenen Land geleistet werden könnte, müssen die Linken klären, wie sie den EU-Mitgliedern Solidarität erweisen wollen, die das nicht können. Nachdem Deutschland und Frankreich die Vermögen der Reichen, deren Banken mit griechischen Staatsanleihen spekulierten, auf Kosten der griechischen Bevölkerung gesichert haben, kann man in Deutschland und Frankreich über einen WWU-Austritt diskutieren. Er wäre machbar. Verluste aus der Währungsumstellung und Verluste der Exporteure würden dann von oben nach unten weitgereicht, was neue soziale Nöte, neuen Nationalismus und neue Gewalt befördern würde. Für andere WWU-Mitglieder aber würden wichtige Importe gravierend verteuert. Für sie würde ein Kreditverlust noch komplizierter, die Schuldenlast noch schwerer.

Die WWU hat mit ihrer Konstruktion von Anfang an ökonomische Fehlanreize mit dramatischen Konsequenzen für die nationalen Wirtschaftsstrukturen gesetzt. Wenn jetzt wirtschaftlich starke Länder aus der WWU aussteigen würden

oder die WWU zerfallen würde, hätte das für andere dramatische Folgen. Es würde noch schwerer, die erforderlichen Bedingungen zu schaffen, um eine gerechte und solidarische sozialökologische Transformation einzuleiten. Die Herausforderung wäre also, gemeinsam zu analysieren und zu diskutieren, warum sich die EU und mit ihr die WWU so entwickelt haben, wie sie sich entwickelt haben, und welchen Anteil die Linken daran haben. Es wäre weiter zu analysieren, welche Entwicklungsszenarien ausgehend von den gegenwärtigen Problemen und Kräftekonstellationen kurz-, mittel- und langfristig bestehen, was daher anzustreben und was dafür jetzt zu tun wäre.

Das klingt vielleicht abstrakt, ist aber eine Grundbedingung für den gemeinsamen politischen Erfolg. Um sich zu dieser Arbeit zu ermutigen und zu befähigen, sollte (wieder) zum Manifest von Ventotene und zu Luxemburgs Schriften gegriffen werden. Vor allem aber ist die scheinbar theoretische Orientierung ganz praktisch mit demokratischen Protesten gegen die herrschende «Krisenbearbeitung», mit lokalen wie regionalen Solidarpraxen, mit Initiativen zur Unterstützung der Geflüchteten und der gerechten Kämpfe der Kurdinnen und Kurden, mit Friedens- und antifaschistischen Aktionen, mit Aktionen für Klima- und Umweltgerechtigkeit, mit Arbeit in Organisationen, Parlamenten und Verwaltungen verbunden. Die verschiedenen Aktivitäten wären über die beteiligten Spektren, die Verwaltungsebenen und Ländergrenzen hinweg miteinander zu verknüpfen. Dazu gehört dann auch, EU-politische Themen wie die Regelung der griechischen Schulden, die Verteilung von Geflüchteten auf die EU-Länder und ihre solidarische Integration in die Gesellschaften, armutsfeste EU-weite Mindeststandards wie anspruchsvolle ökologische Normen zu Wahlkampfthemen in den EU-Mitgliedsländern zu machen. Das, was die vielfältigen Aktivitäten dauerhaft verbindet, könnten wiederum die Debatte über und die Arbeit zu alternativen solidarischen Lebensweisen sein. Die Initiative, Kongresse der Europäischen Linkspartei als schwerpunktbezogene Europäische Foren der Linken zu veranstalten, kann für die zu meisternden Herausforderungen ein produktiver Ausgangspunkt sein.

Judith Dellheim ist Referentin für solidarische Ökonomie am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Gabi Zimmer ist Europaabgeordnete der Partei DIE LINKE und Vorsitzende der Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament.

1 Rede von Bundeskanzler Konrad Adenauer anlässlich der Unterzeichnung der Römischen Verträge, Rom, 25.3.1957, unter: www.cvce.eu/de/obj/rede_von_konrad_adenauer_anla%C3%9Flich_der_unterzeichnung_der_romischen_vertraege_rom_25_marz_1957-de-6dfd9f25-cae7-49b3-a932-023d40fc483c.html. 2 Ebd. 3 Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, unter: www.europarl.europa.eu/brussels/website/media/Basis/Vertraege/Pdf/EWG-Vertrag.pdf. 4 Ebd. 5 Spinelli, Altiero/Rossi, Ernesto/Colorni, Eugenio: Manifest von Ventotene, unter: www.europarl.europa.eu/brussels/website/media/Basis/Geschichte/bis1950/Pdf/Manifest_Ventotene.pdf. 6 Luxemburg, Rosa: Zur russischen Revolution, in: dies.: Werke, Bd. 4, Berlin 2000, S. 332–362. 7 Vgl. Brie, Michael: Rosa Luxemburgs Symphonie zur Russischen Revolution, www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_10-2011.pdf. 8 Spinelli/Rossi/Colorni: Manifest von Ventotene; dort auch die nächsten Zitate. 9 Europäischer Rat: Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 23./24.3.2000, unter www.europarl.europa.eu/summits/lis1_de.htm.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE 3/2017 erscheint online und wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V.i.S.d.P.: Henning Heine

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3171 (Internet)

Redaktionsschluss: Februar 2017

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation